

## **Frage Nr. 1303 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien**

Obdach- und Wohnungslosigkeit ist ein weitverbreitetes Phänomen. Da bildet auch die Deutschsprachige Gemeinschaft keine Ausnahme. Vor diesem Hintergrund ist in den vergangenen Monaten erstmals auch in Ostbelgien eine Zählung von betroffenen Menschen durchgeführt worden. Nun liegen die Resultate vor. Sie verdeutlichen: Ostbelgien ist beileibe keine Insel, titelte die lokale Presse in Ostbelgien.

Insgesamt 192 Menschen seien in Ostbelgien von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen. Das gehe aus aktuellen Zahlen einer großangelegten Studie hervor, die mit der Unterstützung der König Baudouin Stiftung (KBS), von Forschenden der Universitäten in Löwen und Neu-Löwen ermittelt wurden. Um die Erhebung Wirklichkeit werden zu lassen, waren die Wissenschaftler auf das Know-how von 22 verschiedenen Organisationen aus der DG angewiesen. So seien etwa die ÖSHZ intensiv in die Zählung eingebunden gewesen.<sup>1</sup>

Minister Antoniadis stellte die Ergebnisse in der letzten Woche der Presse vor.

Im Rahmen einer von mir im März 2020 gestellten schriftlichen Frage zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien erklärte der Minister, dass es zum damaligen Zeitpunkt keine Obdachlosen in Ostbelgien gäbe<sup>2</sup>.

Am 21. April 2021 stellte ich zum gleichen Thema eine mündliche Frage<sup>3</sup>, worauf der Minister weiterhin versicherte, dass es laut Angaben der Verwaltungen der neun Gemeinden „bis zum heutigen Tag, keine bekannten Fälle von Obdachlosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ gäbe.

Hierzu meine Fragen:

1. Wie erklärt die Regierung diese dramatische Entwicklung in nur zwei Jahren?
2. Hat die Regierung diese Studie bereits dem Parlament zugestellt?
3. Was gedenkt die DG-Regierung hinsichtlich des Studienergebnisses zu unternehmen?

## **Frage Nr. 1304 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Zählung von Wohnungs- und Obdachlosen durch die KBS**

Am 30. März veröffentlichte die König-Baudouin-Stiftung die Ergebnisse ihrer Zählung von Obdach- und Wohnungslosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, welche Sie in Zusammenarbeit mit der UC Louvain durchgeführt und ausgewertet hat. Das insgesamt 65 Seiten umfassende Dokument<sup>4</sup> liefert eine detaillierte Schilderung der aktuellen Situation in Ostbelgien. Es bestätigt, dass Ostbelgien keine Ausnahme in dieser Hinsicht ist. Insgesamt zählt die Studie 192 Personen in einer prekären Wohnsituation in Ostbelgien.

---

<sup>1</sup> <https://www.grenzecho.net/88276/artikel/2023-03-31/192-wohnungslose-menschen-der-dg>;

<sup>2</sup> Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 5 (5.3.2020), S. 52ff;

<sup>3</sup> Vgl. mündliche Frage vom 21.4.2021 (Nr. 632) von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien;

<sup>4</sup> [https://cdn.uclouvain.be/groups/cms-editors-cirtes/rapports-de-recherche/Z%C3%A4hlung%202022%20Bericht\\_Obdachlosigkeit\\_Ostbelgien\\_Final.pdf](https://cdn.uclouvain.be/groups/cms-editors-cirtes/rapports-de-recherche/Z%C3%A4hlung%202022%20Bericht_Obdachlosigkeit_Ostbelgien_Final.pdf).

Fünf von ihnen haben buchstäblich kein Dach über dem Kopf und leben im öffentlichen Raum.

Ein Großteil der Betroffenen hingegen kommt bei Freunden oder Verwandten unter, ein anderer Teil der erfassten Bevölkerung lebt in einer sogenannten „unkonventionellen Unterkunft“. Also in Zelten, Garagen oder sonstigen Infrastrukturen, die zumindest ein wenig Schutz bieten. Besonders besorgniserregend ist die Zahl der betroffenen Kinder, auch wenn diese nicht unbedingt derselben prekären Situation ausgeliefert sind wie ihre Eltern. Ganze 31 Kinder wurden in der Zählung erfasst.

Die erhobenen Zahlen schaffen endlich Klarheit über die Situation in Ostbelgien und müssen unbedingt im politischen Prozess berücksichtigt werden. Eine weitere Aufarbeitung des Zahlenmaterials und Erforschung dieses Phänomens in Ostbelgien sind wünschenswert.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Welche Schlüsse zieht die Regierung aus dieser Untersuchung?
2. Wie schätzt die Regierung das aktuelle Unterstützungsangebot ein?
3. Welche weiteren Schritte zur Erforschung dieses Phänomens zieht die Regierung in Betracht?

### **Frage Nr. 1305 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Obdach- und Wohnungslosigkeit in der DG**

In Ostbelgien wurde erstmals eine Zählung zur Obdach- und Wohnungslosigkeit erhoben, die Resultate liegen nun vor und diese verdeutlichen, dass Ostbelgien keine Insel ist.<sup>5</sup>

In Ostbelgien gibt es 192 obdach- oder wohnungslose Menschen.

Um die Daten erheben zu können, wurden 22 verschiedene Organisationen aus der DG hinzugezogen, darunter auch unsere ÖSHZ.

Die Erhebung basiert auf der europaweit anerkannten ETHOS-Typologie, die vier Formen der Wohnungslosigkeit unterscheidet: Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit, ungesichertes Wohnen und prekäre Wohnungsversorgung.

So gibt es in Ostbelgien, 5 Personen, die im klassischen Sinn obdachlos sind und im öffentlichen Raum leben.

Der größte Teil der erfassten Personen, etwa ein Drittel, lebt bei Freunden und Verwandten.

Unter den Betroffenen findet man 60% Männer und 40% Frauen. Geographisch verteilt sich das Problem zu zwei Dritteln im Norden und einem Drittel im Süden der DG.

Wenn bei 74% der Betroffenen, zumindest teilweise die Ursachen ausgemacht werden können, so haben 26% keine Gesundheitsprobleme.

Hier muss intensiv Ursachenforschung betrieben werden um die Hintergründe zu verstehen um den Problemen entgegenzuwirken, wobei die drei großen

---

<sup>5</sup> <https://www.grenzecho.net/88276/artikel/2023-03-31/192-wohnungslose-1-menschen-der-dg>.

Eingangstüren für Obdachlosigkeit: Jugendhilfe, Gefängnis und häusliche Gewalt ausgemacht werden konnten.

Ich zitiere aus dem GrenzEcho: Vor allem die Zahl der geistigen Gesundheitsprobleme sei im nationalen Vergleich „relativ hoch“. Dies zeige sich vordergründig bei Personen, die mehr als ein Jahr obdach- oder wohnungslos seien. „Da ist die Prekarität erhöht, weil viele Probleme zusammenkommen“.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Wie erklären Sie sich die "relativ hohe" Zahl der Menschen mit geistigen Gesundheitsproblemen im nationalen Vergleich, die von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen sind?
2. Welche Lösungsansätze sehen Sie hier?

### **Antwort des Ministers auf die Fragen Nrn. 1303, 1304 und 1305:**

Obdachlosigkeit ist eine der extremsten Formen der sozialen Ausgrenzung. Obdachlosigkeit kann viele Ursachen haben. Deshalb erfordert das die Intervention von vielen verschiedenen Akteuren auf dem Terrain, wie zum Beispiel dem Jugendbereich, den Öffentlichen Sozialhilfezentren, den Vermittlungsdiensten in der Beschäftigung, dem Wohnungs- oder dem Gesundheitswesen und viele weitere.

Dieses Thema wurde in der Vergangenheit immer wieder, auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, thematisiert. Mit dem Begriff verbindet man das Bild von wohnungslosen Menschen, die im öffentlichen Raum sichtbar sind.

Bei den parlamentarischen Fragen aus dem Jahr 2020 und 2021 wurde nach der Einschätzung der Anzahl an Obdachlosen gefragt, die auf Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf der Straße leben. Zu diesem Zeitpunkt waren den neun Gemeinden allerdings keine Personen ohne festen Wohnsitz bekannt.

Dass es aber wohnungslose Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt, die zwar nicht auf der Straße, wohl aber zum Beispiel bei Bekannten oder Verwandten leben, wurde auch vor der offiziellen Zählung nicht ausgeschlossen.

Es fehlte allerdings bisher an belastbaren Zahlen. Aus diesem Grund haben wir die besagte Zählung unterstützt. Wir haben die Vorbereitungen begleitet und den offiziellen Aufruf organisiert. Zum ersten Mal haben wir somit belastbare Zahlen für das Gebiet deutscher Sprache und müssen nicht mehr von Mutmaßungen ausgehen. Das schafft Klarheit. Diese Zahlen müssen allerdings richtig interpretiert werden. Bei den 192 Personen, die zum Stichtag 28. Oktober 2022 gezählt wurden, handelt es sich nicht um Obdachlose im klassischen Sinne.

Es wurden Menschen gezählt, die auf der Straße oder in Notunterkünften leben, in der Psychiatrie und in Wohnheimen oder bei Freunden und Verwandten unterkommen oder die von Zwangsräumungen bedroht sind.

Auch weitere Formen der Wohnungslosigkeit wurden untersucht. Die Untersuchung hat eine Definition und eine Zählmethodik für Obdach- und Wohnungslosigkeit verwendet, die sehr breit gefasst ist. Das Verfahren hier zu erläutern, würde leider meine Redezeit sprengen.

Im Bericht wird die Zählmethode in rund 8 Seiten erläutert. Der Bericht ist auf Ostbelgien Live abrufbar.

Mit Prof. Dr. Wagener, der die Zählung durchgeführt hat, haben wir darüber gesprochen, diese Zählung nun alle drei Jahre durchzuführen, um die Entwicklungen messen zu können.

Die Ergebnisse aus der Zählung werden in die Bedarfsermittlung für das Wohnungswesen einfließen, die bei der RWTH Aachen im Rahmen der Reform in Auftrag gegeben wurde.

Mehr Details hierzu können Sie der Orientierungsnote Wohnungswesen und den zusätzlichen Erläuterungen entnehmen, die im Ausschuss gegeben wurden.

Allerdings möchte ich bereits darauf hinweisen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum das Problem nicht lösen wird.

Die Wohnungslosigkeit ist meistens die Folge für eine Ursache, die woanders liegt. Was wir also im Moment haben, sind nur Zahlen. Man kann von der Art der Wohnungslosigkeit vermuten, was die Ursache ist, aber das wäre pure Spekulation.

Es kann mit der Einkommenssituation zusammenhängen, aber genauso gut können gesundheitliche Probleme die Ursache sein. Sucht, Konflikte in zwischenmenschlichen Beziehungen und dem familiären Gefüge können ebenfalls einen Grund darstellen.

Es gibt sehr viele mögliche Ursachen.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft muss niemand obdachlos sein.

Die verschiedenen Organisationen bieten den betroffenen Menschen Hilfestellung, um solch eine Situation zu vermeiden.

Wenn es dennoch zu einer Wohnungslosigkeit kommt, müsste man die genauen Ursachen kennen und prüfen, wieso die verschiedenen Dienste keine Abhilfe schaffen konnten.

Diese Menschen werden meist bereits von Diensten begleitet.

Schließlich konnte die Personenzahl nur deshalb ermittelt werden, weil sich 22 Organisationen an der Zählung beteiligt haben.

Wir müssen uns also die Frage stellen, welche zusätzlichen Hilfen notwendig wären, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Zumindest in den Fällen, wo eine Hilfe möglich ist und von den Betroffenen angenommen wird.

Ich habe deshalb mit Prof. Dr. Wagener vereinbart, dass wir uns zusammensetzen sollten, um die Durchführung einer qualitativen Untersuchung zu besprechen.

Ich denke, dass wir darüber mehr Informationen über die Betroffenen haben könnten, damit die Regierung gemeinsam mit den verschiedenen Diensten in Ostbelgien weitere Lösungsansätze und angepasste Maßnahmen erarbeiten kann.

Die Kleinheit der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht eine umfassende Analyse dieser Art. Das ist eine Chance, von der anderen Regionen nur träumen können.

Die Methode und die weitere Vorgehensweise kann ich aber erst nach dem Gespräch mit dem Experten erläutern.

Ein Vergleich der Zahlen im nationalen Kontext zwecks Orientierung sind, meiner Meinung nach, schwierig anzustellen. Dafür sind wir zu klein.

Wenn nach der Lektüre des 65-seitigen Berichts noch Fragen offen sind, dann schlage ich dem Ausschuss vor, den Experten zu einer Vorstellung der Ergebnisse einzuladen.